

Burgdorf, 20.03.2007

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **30.11.2006** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hannoverschen Tor 1

16.WP//002

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:27 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:24 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:32 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Ethner, Regina

Hinz, Gerald

Leppert, Florian

Leykum, Maria

Vertretung für Herrn Hartmut Braun

Lüddecke, Dieter

Pilgrim, Adolf-W.

Unverzagt, Hartmut

Vertretung für Herrn Kurt-Ulrich Schulz

Walter, Klaus-Dieter

Beratende/s Mitglied/er

Rheinhardt, Michael

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Strecker, Dagobert

Philipps, Lutz

Gottlieb, Julia

Voges, Matthias

Herbst, Rainer

Voutta, Jens

Lahmann, Jörg

Hammermeister, Lars

Scholz, André

Horn, Frank

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 20.11.2006
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990
6. Entwurf Haushaltsplan 2007
7. Entwurf der Finanzplanung 2006 - 2010 und des Investitionsprogrammes
8. Stellenplan-Entwurf 2007
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

1.

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 20.11.2006

2.

Frau Ethner erklärte, dass sich ihre unter TOP 11 gemachte Aussage auf alle städtischen Zuschüsse beziehe, die mittels Einsichtnahme der Wirtschaftspläne der begünstigten Einrichtungen überprüft werden sollten.

Weiterhin führte **Frau Ethner** aus, sie vermisse bezüglich der Anschaffung neuer Parkscheinautomaten ihre Anmerkungen hinsichtlich des Einsatzes einer Kurzzeitparktaste.

Anschließend wurde die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 20.11.2006 wurde mit 8 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Mitteilungen des Bürgermeisters

3.

Herr Philipps teilte mit, dass sich die jetzt vorliegende amtliche Einwohnerzahl zum 30.06.2006 von 30.074 um 90 Einwohner auf 29.984 verringert habe. Da diese Einwohnerzahl maßgeblich für die Berechnung der Schlüsselzuweisung 2007 und somit

folglich auch für die Berechnung der Regionsumlage sei, wurden diese neu hochgerechnet. Die geringere Einwohnerzahl führe bei der Schlüsselzuweisung im Verwaltungshaushalt zu Mindereinnahmen von 42.200 € und im Vermögenshaushalt zu Mindereinnahmen von 5.900 €. Hierdurch verringere sich die zu zahlende Regionsumlage um 19.400 €.

Anfragen laut Geschäftsordnung

4.

- keine -

5. **4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990**
Vorlage: 2006 0072

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einstimmig den Beschluss gemäß Vorlage.

Finanz. Auswirkungen in Euro	Haushaltsstelle	VwH	VmH
Einmalige Kosten: €		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Laufende Kosten: €		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen/Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990

in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2006 0072 ergebenden Fassung zu erlassen.

Entwurf Haushaltsplan 2007

6. **Vorlage: 0015/06/16.WP**

Verwaltungshaushalt

Herr Philipps erläuterte zunächst die neu hinzugekommenen Positionen auf der ‚gelben Liste‘.

Ergänzend wies er darauf hin, dass der Ortsrat Schillerslage empfohlen habe, den Ansatz der Haushaltsstelle 75000.935000.0 (Inventar, Geräte, Maschinen) in Höhe von 2.500 € zu streichen und dafür einen Ansatz in gleicher Höhe unter der neuen Haushaltsstelle ‚Friedhof Schillerslage Heizung‘ zu veranschlagen. Gleichzeitig soll eine Einnahmehaushaltsstelle zur Annahme von entsprechenden Spenden gebildet werden, welche zu Mehrausgaben bei der Ausgabehaushaltsstelle berechtigt.

Weiterhin teilte **Herr Philipps** mit, dass für 2006 eingeplante Grundstücksverkäufe in einer Größenordnung von 500.000 € erst im kommenden Jahr getätigt werden können. Angesichts dessen sei es erforderlich, im vorliegenden Entwurf die Haushaltsstelle 91000.310000.7 (Entnahme aus der „Allgemeinen Rücklage“) um 500.000 € zu kürzen und die Haushaltsstelle 88000.341000.1 (Veräußerung von unbebauten Grundstücken) entsprechend zu erhöhen sei.

Zu dem vom „Linksbündnis“ gestellten Antrag, das Essengeld in KiTas für sozial Schwache zu übernehmen bzw. zu bezuschussen, führte **Herr Pilgrim** aus, dass die SPD-Fraktion diesen so nicht mittragen könne. Stattdessen halte er es für sinnvoller, den Familien, die Leistungen nach Hartz IV erhalten und deren Kinder am Essen in den Kindertagesstätten teilnehmen, bei den Gebühren hierfür entgegenzukommen. Da im Regelsatz für Hartz IV auch ein Betrag für Verpflegung eingerechnet sei, käme seines Erachtens für die Betroffenen eine Reduzierung der Gebühr von 50,00 € auf 20,00 € in Betracht. Unter Berücksichtigung der Anzahl der Kinder, die derzeit am Essen teilnehmen und die unter die Neuregelung fallen, würden sich Mindereinnahmen von 16.600 € für den Haushalt 2007 ergeben. Eine entsprechende Regelung müsste für die Kindertagesstätten der anderen Träger angestrebt werden.

Herr Rohde gab zu bedenken, dass die berücksichtigten Mindereinnahmen evtl. nicht ausreichen würden, wenn mehrere Berechtigte von der Neuregelung Gebrauch machen würden und die Kinder dann zum Essen anmelden.

Zu den Diskussionen über die Verringerung des Ansatzes der Haushaltsstelle 68000.1180000.9 (Parkgebühren) merkte **Bürgermeister Baxmann** an, dass nach seinem bisherigen Kenntnisstand die Kaufmannschaft zugesagt habe, einen etwa gleich hohen Beitrag zur Verringerung der Parkgebühren leisten zu wollen.

Da nach dem jetzigen Beratungsstand der Verwaltungshaushalts nicht ausgeglichen wäre, schlug **Herr Philipps** vor, die Einstellung eines Controllers erst zum 01.04.2007 vorzusehen. Dies würde zu einer Verringerung des Ansatzes im SN 4 von 13.700 € führen. Weiterhin könne aufgrund der –am 07.12.2006 im Rat zur Entscheidung stehenden- Vereinbarung mit der Region für Kindertagespflege mit einer zusätzlichen Einnahme in Höhe von 14.400 € gerechnet werden, die bei der Haushaltsstelle 45420.172000. (Zuweisungen/Zuschüsse von Gemeindeverbänden) zu veranschlagen sei.

Unter Berücksichtigung dieser Vorschläge sowie Streichung des Ansatzes ‚Volksscheibe Otze‘ (300 €), ohne die Verringerung des Ansatzes Parkgebühren um weitere 23.000 € und einschließlich der Aufnahme des Vorschlags der SPD bezüglich des Essengeldes KiTas (Mindereinnahme 16.600 €) stimmte der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen mit 5 Jastimmen, 1 Neinstimme und 3 Enthaltungen den in der Anlage 1 aufgelisteten Änderungen des Verwaltungshaushalts zu.

Vermögenshaushalt

Zur Haushaltsstelle 23000.935330.8 (EDV-Ausstattung Klassenräume) schlug **Herr Hinz** vor, statt den Ansatz –wie von der FDP gefordert- um 13.000 € zu erhöhen, eine Einnahme-Haushaltsstelle für Spenden mit Ansatz 0 € zu bilden und eine unechte Deckungsfähigkeit zu Gunsten der Ausgabe-Haushaltsstelle einzurichten.

Nach kurzer weiterer Diskussion wurde der Vermögenshaushalt 2007 mit den aufgeführten Änderungen (Anlage 1) vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einstimmig beschlossen. Von der Entscheidung ausgenommen wurde die Haushaltsstelle 63000.961100. (Parkmöglichkeiten vor der GS Otze).

Die vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfohlenen Änderungen sind in der anliegenden ‚oranen Liste‘ zusammengestellt.

Entwurf der Finanzplanung 2006 - 2010 und des Investitionsprogrammes

7. Vorlage: 0016/06/16.WP

Nach Beantwortung einiger Verständnisfragen durch die Verwaltung schloss **Herr Rohde** die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Stellenplan-Entwurf 2007

8. Vorlage: 0017/06/16.WP

Nach kurzer Aussprache zu den einzelnen Punkten der Vorlage empfahl der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen dem Rat, den der Vorlage anliegenden Stellenplan mit der Haushaltssatzung 2007 zu beschließen.

Über die Punkte I 1 (1 Planstelle Diplom-Landespfleger/in, Tiefbauabteilung), I 4 (halbe Planstelle Hauptabteilung) und III (Anhebung der Arbeitszeit der Gleichstellungsbeauftragten) der Vorlage wurde gesondert abgestimmt. Zu III soll auf Vorschlag der SPD die Stundenzahl lediglich um die Hälfte der in der Vorlage genannten ‚Stellenaufstockung‘ vorgenommen werden. Diesen Punkten wurde mit 5 Jastimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Den restlichen Punkten der Vorlage stimmte der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen ein-
stimmig zu.

Beschlussvorschlag:

- Zu a) Der Rat nimmt den Stellenplan-Entwurf zur Kenntnis und verweist die Vorlage zu weiteren Beratungen zunächst in die Ausschüsse zu b) und c).**
- Zu b) / c) Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen/Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat, den unter d) dieser Vorlage aufgeführten Beschluss zu fassen.**
- Zu d) Als Bestandteil des Haushaltsplanes 2007 wird der (dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte)**

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007

beschlossen.

Anregungen an die Verwaltung

9.

- keine -

Einwohnerfragestunde

Herr Fleischmann regte an, dass aufgrund der seiner Ansicht nach geringen Vermarktungsmöglichkeiten von einer Erschließung des Gewerbegebietes Hülptingsen V vorerst

abgesehen werden sollte. Hier biete sich seines Erachtens die Möglichkeit, Mittel im Vermögenshaushalt einzusparen.

Bürgermeister Baxmann unterstrich das Erfordernis, weitere Gewerbeflächen in Hülptingsen auszuweisen und ergänzte, dass er nach Möglichkeit sogar gern noch weitere Gewerbegebiete ausweisen würde. Auch das Gewerbegebiet Nordwest sei für ihn noch ein Thema.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer